

Frankreich und der passive Widerstand.

Die französischen Kommentare zur englischen Antwort.

„Keine bindenden Verpflichtungen!“
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juli.
Nach dem „Echo de Paris“ hat Poincaré gestern beim Verlassen des Quai d'Orsay den dort versammelten französischen Journalisten erklärt, daß er ihnen keinerlei Mitteilung über die englischen Schriftstücke zu machen vermöge. Die von den beteiligten Regierungen eingegangenen Verpflichtungen zu unbefangener Geheimhaltung sowohl der Dokumente wie der darüber sich knüpfenden Verhandlungen gingen so weit, daß ausdrücklich vereinbart worden sei, daß die geringste Inzidentation, die von einer Seite begangen würde, die Gegenseite berechtigen würde, weitere Verhandlungen unverzüglich abzubrechen. Das Blatt glaubt weiterhin zu wissen, daß Poincaré von dem Inhalt der Dokumente bisher nicht einmal den Mitgliedern des Kabinetts Kenntnis gegeben habe. Nach der gleichen Quelle soll Poincaré, der gestern eine lange Unterredung mit dem englischen Gesandten Phipps gehabt hat, die Absicht haben, sich auf zwei Tage in seine Heimat Bar-le-Duc zu begeben, um dort ungehindert die englischen Vorschläge zu prüfen und die französische Antwort entwerfen zu können. Die für den Anfang voriger Woche in Aussicht genommene Unterredung zwischen Poincaré und den belgischen Ministern Lhéris und Japart ist abgesetzt worden. Der Meinungsaustausch der beiden Regierungen soll auf dem Wege durch die Kanäle erfolgen.

Nach dem „Petit Parisien“ würde die persönliche Aussprache zwischen den Ministern, wenn nicht noch im Laufe dieser Woche, so doch jedenfalls vor dem Ende des Monats stattfinden. Die englische Regierung habe den Wunsch ausgesprochen, die Antwort Frankreichs und Belgiens vor dem 3. August, dem Tage, an dem die englischen Parlamentsferien beginnen, zu erhalten. Wenn auch die Regierungen von Paris und Brüssel alles in ihren Kräften Stehende tun würden, um diesem Wunsch nachzukommen, so müsse man andererseits in London begreifen, daß angesichts der Komplexität der in dem englischen Schriftstück aufgeworfenen Probleme beide Regierungen das Bedürfnis hätten, sich in aller Ruhe und ohne Hast zu äußern. Sollte das die Einleitung eines neuen Versöhnungsmanövers sein?

Die Kommentare der französischen Presse, die in Ermangelung authentischer Mitteilungen über den Inhalt der englischen Dokumente, die mehr oder weniger hypothetische Informationen zum Ausgang nehmen, die darüber in der englischen Presse erschienen sind, lassen keinen Zweifel, daß der französischen Regierung in erster Linie darum zu tun ist, völlig freie Hand an der Ruhr zu behalten, und daß ihre Politik dahin geht, die Verhandlungen mit London so lange hinauszuziehen, bis der deutsche Widerstand von innen heraus zusammengebrochen sein würde. Die Versicherungen der verschiedenen Blätter stimmen darin überein, daß Frankreich zwar bereit sei, der Aufgabe des passiven Widerstandes durch Modifikation des gegenwärtigen Charakters der Befugung Rechnung zu tragen, daß es aber unbedingt ablehnen müsse, darüber im voraus irgendwelche bindende Verpflichtungen zu übernehmen. Das „Echo de Paris“ glaubt, daß Lord Curzon's Politik dahin gehe, in Paris und Brüssel in der formelleren Verpflichtungen gegenüber der englischen Regierung die Zusicherungen zu erhalten, von denen die deutsche Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes abhängig mache. Es sei jedoch wenig wahrscheinlich, daß Frankreich sich auf eine derartige Kombination einlassen werde, die wenig im Buchstaben, so doch dem Sinne nach die Aufgabe des wiederholt in öffentlichen Erklärungen feierlich proklamierten Prinzips „keine Verhandlungen, bevor nicht Deutschland die von Frankreich und Belgien gestellten Vorbedingungen erfüllt hat“, bedeuten würde. Ganz abgesehen von diesem grundsätzlichen Bedenken ist es für die französische Regierung ganz unmöglich, schon heute zu sagen, wie sie die Okkupation der Ruhr in Zukunft zu gestalten gedenke, da diese ganz von der Entwicklung der Lage abhängt. Das französische Ziel sei zwar nach wie vor die Rückkehr zur ungestörten Befugung, aber Frankreich wolle sich im voraus die Hände nicht binden lassen und den Zeitpunkt sowie die Art dieser Modalitäten selbst zu bestimmen in der Lage bleiben.

In ähnlichem Sinne äußert sich der „Temps“. Frankreich könne es nicht zugeben, daß Deutschland für die Aufgabe des passiven Widerstandes Bedingungen stelle. Einmal, weil ein solcher „Handel“ für Frankreich erniedrigend und gefährlich sei, dann aber, weil Deutschland, wenn man ihm in diesem Punkte nachgebe, Forderungen stellen und die seinerzeit eingegangenen Verpflichtungen doch nicht einhalten werde. (!) Deutschland werde dadurch außerdem in seiner bisherigen Politik gestärkt, da es sich zeigen müsse, es brauche nur energig genug Widerstand zu leisten, um das zu erreichen, was es wolle. Auch militärisch sei es angesichts der Verheerung der Ruhrbevölkerung gegen Frankreich und Belgien äußerst bedenklich, schon heute bestimmte Verpflichtungen für die Reduzierung der Truppen oder die Aufgabe anderer Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen. Die Lage würde allerdings wesentlich erleichtert werden, wenn das Kabinett „uno-velutro“ Rosenbergs einer mehr links gerichteten Regierung Platz machen würde, mit der die Alliierten sich weit leichter verständigen würden. Unter den gegebenen Umständen aber gäbe es für die alliierten Kabinette keine andere Möglichkeit zu einer Verständigung, als die Frage der Ruhrbefugung und die Frage des passiven Widerstandes einseitig beiseite zu lassen. Man würde auf dem Wege der Annulierung der interalliierten Schulden und auf die Verminderung der deutschen Gesamtverpflichtungen zu beschränken. Wenn die Alliierten sich darüber zu einigen vermöchten, so brauchten sie dann nur ihre Befehle Deutschland aufzuerlegen. Im gegenteiligen Falle müßte jede der beteiligten Regierungen ihre volle Handlungsfreiheit Deutschland gegenüber zurückhalten. Es sei möglich, daß diese Verhandlungen von sehr langer Dauer sein werden, aber die deutsche Regierung habe zu jederzeit die Möglichkeit, die Diskussion auf ein anderes Gleis zu schieben.

Der „Matin“ ist der Auffassung, die englische Note wolle Deutschland nur durch Einstellung des passiven Widerstandes aufzufordern, wenn sie ihm zugleich eine grundlegende Änderung des bisherigen Charakters der Befugung in Aussicht stellen könne. Die französische Regierung sei zwar bereit, der durch die Aufgabe des passiven Widerstandes hervorgerufenen Veränderung der Lage Rechnung zu tragen, sie müsse es aber auf das Dringlichste ablehnen, sich im

voraus auf irgendwelche Bedingungen und Verpflichtungen festlegen zu lassen.

London, 22. Juli. (W. T. Z.)
Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, man erwarte keine Antwort von Paris vor Ende der Woche. Sollte aber der Reparationsstreit noch immer ungerügt sein, wenn die Völkerbundsversammlung am 3. September zusammentrete, dann würde der Streitfall auf der Völkerbundsversammlung vorgebracht werden. Die Erkenntnis dieses Umstandes werde Frankreich vielleicht veranlassen, seine Entscheidung zu beschleunigen.

Die Beurteilung der Lage in Italien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 23. Juli.
Die Urteile der italienischen Presse über die englische Note widersprechen einander. Der Londoner Vertreter der „Stampa“ hebt die Einmütigkeit des englischen Kabinetts hervor. Sogar Lord Derby habe sich bekehrt. Die Folgen des englischen Schrittes seien unbedenklich. Zunächst werde jedenfalls der Artikel gerufen, den die französische Propaganda in Europa verbreite. Entgegengekehrter Ansicht ist „Giornale di Roma“, das schreibt, der Einfluß der Diehards im Londoner Kabinett sei andauernd sehr mächtig. „Epoca“ sagt pessimistisch, England wiederhole offenbar sein altes Spiel von Genua. Nachdem es eine Sonderaktion und ein Sonderabkommen mit Deutschland angedroht habe, scheine es heute gegenüber Frankreich allein beigegeben. Es sei ein Glück, daß Italien eine autonome Politik treibe. Denn hätte es unter dem Eindruck der Rede Baldwin's England Gefolgschaft geleistet, so würde es Gefahr laufen, heute isoliert zu stehen. Frankreich verahre in der Verfolgung seiner Hegemoniepolitik fest und zielbewußt. Ebenso entschlossen verhalte sich aber wenigstens bis jetzt auch Deutschland, das den Irrtum von 1919 nicht wiederholen und im Kampf gegen leere Versprechungen den passiven Widerstand nicht aufgeben werde.

Poincaré's Verdrehtungskünste.

Ein offizieller Kommentar des W. T. Z. wendet sich gegen die Darstellung von Poincaré, daß Frankreich durch den Krieg mehr gelitten habe, als das ausgehungerte, verblutete und ausgeprettete Deutschland durch den Krieg und den Frieden, und sagt u. a.: Es gibt wohl keinen vorurteilfreien Wirtschaftler oder Politiker mehr, der sich nicht für das darüber äußere, daß die „unsichtbare Zerküftung“ in Deutschland unendlich viel folgenschwerer und verhängnisvoller ist, als die sichtbare in Frankreich. Die Verwüstung der deutschen Volkskraft durch Hungerelände und jahrelange Entbehrungen, die Vernichtung des Mittelstandes, des Rentners und Sparers, die Internierung und schwere körperliche Schädigung von Millionen Kindern, die Zerstörung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskraft, nicht zum wenigsten durch die Ruhrbesetzung, die Substanzzerstörung, die Inflationsziffern der Valuta nicht verbergen können, dies alles ist von den beruflichen Sachkennern, des Auslandes so oft und so entschieden anerkannt worden, daß auch der geschickteste Propagandist diese Tatsache nicht weglassen kann. Wenn die deutsche Wirtschaft mit Anspannung aller organisatorischer Mittel die Produktion teilsweise aufrecht zu halten sucht, so sollte auch der Gegner Deutschlands, sofern er Reparationen will, über diese Bemühungen Genugtuung empfinden, da sie die Voraussetzung zu Reparationszahlungen sind. Wenn Poincaré eine feste Feststellung der deutschen Reparationsverpflichtungen eine Unflugheit nennt, so entbehrt er damit noch einmal deutlich seine wahren Absichten: Nicht um Aufbau und Reparationen, sondern darum ist es ihm zu tun, zu zerstören und dauernd die Hand an der Gurgel des deutschen Volkes zu haben. Das Angebot der deutschen Regierung vom 7. Juni zeige die einige Entschlossenheit der deutschen Regierung und aller Wirtschaftskreise, in der Reparation bis zur äußersten Grenze zu gehen. Die ungeheuren Leistungen, zu denen sich die deutsche Regierung verpflichtet hat, werden dem deutschen Volke vielleicht gerade noch die Lebensmöglichkeit belassen. Unter solchen Umständen von dem Gesperrt einer deutschen Wirtschaftshegemonie in Europa zu sprechen, ist sinnlos.

Wie diese abduktorierten Künste Poincaré's können nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Politik die wirtschaftliche und militärische Beherrschung Europas will.

„Westminster Gazette“ findet die Rede Poincaré's in Viller's-Congress viel gemäßigter im Ton als die vor acht Tagen von ihm gehaltenen. Sie zeige aber, daß Poincaré noch immer nicht bereit sei, die einfachen logischen Zusammenhänge im Reparationsproblem zu erkennen. Seine Bemerkungen über die Nachstellung der Industriellen in Deutschland seien in gewissem Grade zutreffend, die Verantwortlichkeit für diesen Zustand solle aber in hohem Maße auf die Alliierten, die durch ihre unmögliche Forderungen das deutsche Finanzsystem gebrochen, den Wert der Mark zerstört, die deutsche Regierung vor eine unmögliche Aufgabe gestellt und die Teile der deutschen Bevölkerung ruiniert hätten, die von festen Einnahmen abhängig seien. Die natürliche Folge dieser Zustände sei die Vereinigung der wirtschaftlichen Macht in den Händen derer, die feste Besitztümer, wie Bergwerke und Fabriken hätten. Was Poincaré's Begriffs für der wirtschaftlichen Erlangung Deutschlands betreffe, so müßte gesagt werden, daß Deutschland selbst, wenn es auch nur 40 Milliarden Goldmark zahlen soll, eine Summe, die Poincaré wahrscheinlich lächerlich gering finden würde, das infolge sein würde, wenn es tatsächlich auf industriellen Gebiete sehr erstarke. Selbst wenn Poincaré eine Politik zu verfolgen beabsichtige, die seine Alliierten nicht unterstützen könnten, werde er doch vor der Wahl stehen, entweder Deutschlands industrielle Lage zu ruinieren und auf Reparationen zu verzichten oder letztere zu erhalten und Deutschland erstarken zu lassen.

Die Beschuldigungen gegen Geheimrat Held.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 23. Juli.
In der Donnerstagstagung des Landtages hat der Sozialist A. Hermann dem Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held mit Bezug auf sein Verhalten im Oktober 1918 Kriegsverrat vorgeworfen. Von Seiten der Fraktion der Bayerischen Volkspartei wurde Ackermann daraufhin aufgefordert, diesen Vorwurf in der Öffentlichkeit ohne den Schutz der Anonymität zu wiederholen. Ackermann kommt nun dieser Aufforderung nach, indem er seine Ausführungen in der „Münchener Post“ ausführlich wiederholt.

sichtlich anwenden würde, aber man muß diesen Clementen den Boden entziehen, indem man unermüdet das Volk aufklärt, mit frischer Berzhaftigkeit ihm den neuen Staat näherbringt. Wenn man den Kampf gegen die Dummheit und gegen diejenigen, die von der Dummheit leben, entschlossen aufnimmt, wird man den Kampf gegen Herrn Poincaré gewinnen. Es ist heute nicht möglich, vorauszufragen, wie lange die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes noch die ungewohnte Last tragen müssen, aber eines läßt sich mit Bestimmtheit sagen: daß mit jedem Tage, mit jedem Verhandlungsmanöver der gescheiterten Pariser Konferenz, das französische Prestige nicht steigt, sondern sinkt. Das französische Volk, das während des Krieges so sehr über die Verfeinerung Deutschlands triumphiert hat, noch immer nicht, daß man jetzt ihm ein ganz besonderes „Prestige“ verschafft? Bedeutet es Mehrung des Prestige, wenn überall in der Welt die Zuschauer sich von einem Wolfe, einer Armee, einer Politik abwenden, die durch gewaltsamen Einbruch, durch Entfremdung überzeugungstreuer Menschen, durch Ausraubung von Geldstrafen, durch Vertreibung still lebhafter Familien, durch Brutalität und Mißhandlungen, durch die unablässige Peinigung friedliebender Bürger und Arbeiter ihre Macht auf fremdem Boden begründen wollen? Herr Poincaré tröstet sich mit dem Gedanken, daß es nur auf den Enderslog ankomme und daß nach einer deutschen Kapitulation das „Prestige“ endgültig auf seiner Seite sein würde, aber auch das ist nicht einmal wahr. Ein Sieg über willenlosen Stolzismus hat dem Sieger noch niemals Ehre eingetragen, und die Menschheit hat das Prestige nicht den Ueberwindern des Sokrates, sondern dem Sokrates zuerkannt.

Die kommende Konferenz in Sinaia.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 23. Juli.

Der Minister des Äußern Rinschitsch wird Mittwoch nach Bukarest bzw. Sinaia zur Teilnahme an der Konferenz der kleinen Entente abreisen. Es besteht wenig Aussicht, daß die Konferenz über den Eintritt Polens und Griechenlands in die kleine Entente beraten wird. Was Polen anlangt, sollen derzeit formelle Meinungsäußerungen bestehen. Ueber den Eintritt Griechenlands soll zunächst prinzipiell entschieden werden. Zwei wichtige Fragen gelangen zur Beratung, über welche Beschlüsse gefaßt werden sollen: diese Fragen betreffen Ungarn und Bulgarien. Schließlich werden Richtlinien für die gemeinsame Arbeit der Staaten der kleinen Entente festgelegt.

Ministerpräsident Bethlen als Duellant.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Budapest, 23. Juli.

Der Ministerpräsident Graf Bethlen sandte gestern seine Zeugen: Kriegsminister Gsch und gewesenen Außenminister Banffy zu dem bekannten rechtsradikalen Führer Baron Bronay, um Genugtuung mit der Waffe für dessen Äußerung zu fordern. Bethlen hätte ein ihm gegebenes Ehrenwort gebrochen. Bronay behauptet, Graf Bethlen habe ihm versprochen, die gegen ihn erstattete Verhaftungsanzeige niederzulassen; er habe das nicht gehalten, weshalb er, Bronay, seinerzeit den Heeresdienst verlassen mußte. Bethlen erklärt, er habe Bronay nie Meldung für gefehlwidrige Handlungen zugefagt.

Exzozialist Ferri.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 23. Juli.

Der berühmte Staatsrechtslehrer der Römischen Universität, Professor Enrico Ferri, feinerzeit Mitbegründer der sozialistischen Partei Italiens, wurde wegen Hinneigens zum Faschismus aus der Partei ausgeschlossen.

Rom, 21. Juli. (W. T. Z.)

Die Kammer beendet die Erörterung des Gesetzesentwurfs über die Wahlreform. Der Text der Regierungsvorlage wurde bis auf unwesentliche Änderungen in gemeinsamer Abstimmung mit 223 gegen 123 Stimmen angenommen. Das Ergebnis wurde lebhaft begrüßt. Mussolini erklärte darauf die Kammer bis auf weiteres für verlagert. Nach Schluß der Sitzung wurden auf Antrag, den König und Mussolini begeisterte Kundgebungen ausgedrückt.

Ministerpräsident Mussolini empfing heute General Ricciotti Garibaldi, der ihm um das faschistische Abzeichen und um Aufnahme in die faschistische Partei bat. Mussolini bewilligte diese Bitte.

Ende des Lodzer Textilarbeiterstreiks.

Warschau, 21. Juli. (Polnische Tel.-Ag.)

Nach längeren Beratungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Fabrikanten, welche Arbeitsminister Darowski leitete, wurde der Streik der Lodzer Textilarbeiter beendet. Nach dem Verträge ist eine sofortige Erhöhung der Löhne vorgesehn. Außerdem soll die Höhe der Löhne alle zwei Wochen entsprechend der Steuerung nach Angaben der statistischen Kommission geregelt werden. Der Vertrag ist bindend für die Arbeitgeber und Arbeiter bis zum 1. Januar 1924.

Eine Untersuchung der zweiten Internationale im Ruhrgebiet.

London, 23. Juli. (W. T. Z.)

Gestern wurde in London eine Konferenz abgehalten, die von dem Büro der Sozialistischen Internationale einberufen war, um die internationale Lage und den von den Parteien der einzelnen Länder eingenommenen Standpunkt zu erörtern. Anwesend waren Leon Blum-Frankreich, Adolf Braun-Deutschland, van der Velde-Belgien, Ramsay MacDonald, Shaw und Arthur Henderson für Großbritannien. Die Konferenz beschloß im Hinblick auf den gegenwärtig im Gang befindlichen Austausch von Noten und Auffichten den alliierten Regierungen das englische Unterhausmitglied zu eruchen, sich nach dem Ruhrgebiet zu begeben und nach seiner Rückkehr zu berichten, welche Schritte getan werden könnten, um zu einer befriedigenden Lösung des Problems zu gelangen.

Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, beabsichtigen die nationalen Liberalen, am Donnerstag die Frage der Ruhrbesetzung und der dadurch verursachten Verwirrung des Handels im Unterhaus zur Sprache zu bringen. Die Regierung wünsche, daß die Reparationsdebatte bis zur nächsten Woche verschoben werde, da man dann im Besitz der Auffassungen der verschiedenen alliierten Regierungen über die Antwort auf die deutsche Note sein werde.